



Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/22-12 vom 7. September 2022

Philipp Amthor MdB

Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Beitrag von Dietrich Monstadt MdB



Dietrich Monstadt MdB ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Sportausschuss.

GKV-Finanzstabilisierungsgesetz: Lauterbach legt Entwurf ohne Struktur und Perspektive vor

Das Bundeskabinett hat Ende Juli den Entwurf des Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen.

Die Bundesregierung drückt sich weiter vor den dringend notwendigen Strukturreformen, um das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung zu beheben. Stattdessen wählt sie kurzfristige, einmalige Scheinlösungen, um mit einem zusammengewürfelten Maßnahmenkatalog die fehlenden Mittel aufzutreiben.

Das geplante weitere Abschmelzen der Finanzreserven bei den Krankenkassen ist eine Gefahr für deren Liquidität. Geplant ist zudem ein Darlehen über eine Milliarde Euro an den Gesundheitsfonds, welches in einigen Jahren fällig wird und die Finanzierungslücke in Zukunft noch weiter verschärft. Die erheblichen Zusatzbelastungen der Versicherten verschärfen die finanzielle Situation vieler Bürgerinnen und Bürger, die Sozialgarantie wird über Bord geworfen.



Der erhöhte Herstellerabschlag und das verlängerte Preismoratorium für die Pharmabranche sind einseitige Belastungen, welche die Attraktivität des Standortes Deutschland nachhaltig untergraben. Dabei hatte sich die Ampel eigentlich die Stärkung der heimischen Arzneimittelproduktion in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Klar ist, dass alle Beteiligten ihren Beitrag zu Einsparungen leisten müssen. Der vorgelegte Entwurf ist aber ein Flickenteppich, in dem der Koalitionsvertrag ignoriert wird, da die auskömmliche Finanzierung der GKV-Beiträge für ALG-II-Empfänger durch den Bund überhaupt nicht angegangen wird. Nachhaltige Effizienzreserven durch Digitalisierung, ambulante Operationen und die Delegation von Leistungen auf nicht-ärztliche Berufe werden nicht vorangebracht.

Medical Device Regulation stellt Medizintechnik-Hersteller vor große Herausforderungen

Als Folge der neuen EU-Medizinprodukte-Verordnung (engl. Medical Device Regulation, MDR) droht ein Zertifikatestau, der zu gravierenden Versorgungsproblemen führen könnte.

Die CDU/CSU-Fraktion erreichen zahlreiche besorgte Anfragen durch viele kleine und mittelständische Unternehmen. Vor allem auch Ärzte und Patienten sind von der neuen Regelung massiv betroffen, bis hin zu lebensbedrohlichen Konsequenzen für manche Patienten. Beispielsweise kann unter Umständen ein Herzkatheter, den es seit langer Zeit gibt und der sich in der Praxis bewährt hat, nicht verwendet werden, weil er nicht zertifiziert ist. Der Patient kann nicht behandelt werden, mit gravierenden gesundheitlichen Folgen.

Rund 25.000 Zertifizierungen werden bis zum Ende der Übergangsperiode im Mai 2024 benötigt. Doch es können pro Jahr nur circa 6.000 Bescheinigungen durch die sogenannten Benannten Stellen ausgestellt werden.

Wenn jetzt nichts unternommen wird, verschwinden bald bis zu 40 Prozent der derzeit noch genutzten Produkte vom Markt.

Der Zertifizierungsprozess bei den Benannten Stellen dauert im Durchschnitt 18 Monate. Die Unternehmen brauchen jetzt aktuell Klarheit, was politisch hier und in der EU entschieden wird.

Wenn wir nicht politisch gegenüber der EU aktiv werden, verlieren wir geschätzt 10 Prozent insbesondere der kleinen- und mittelständischen Unternehmen und damit insbesondere auch deren Kraft für weitere Innovationen und circa 40 Prozent der zugelassenen Medizinprodukte.



Neue EU-Verordnung: Weniger Pestizide geht nur mit Anreizen für die Landwirtschaft

Der Verordnungsentwurf der EU-Kommission mit pauschalen Verboten des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft schießt deutlich über das Ziel einer nachhaltigen Lebensmittelerzeugung hinaus.

Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir muss jetzt in Brüssel die Notbremse ziehen. Andernfalls drohen allein in Deutschland erhebliche Ertragseinbußen von jährlich rund sieben Millionen Tonnen Getreide.

Die Lebensmittelpreise würden aufgrund dieser künstlich herbeigeführten Verknappung weiter steigen. Viele Betriebe, die in Schutzgebieten schonend wirtschaften und die Landschaft pflegen, stünden vor dem wirtschaftlichen Aus.

Bemerkenswert ist, dass die Bundesregierung selbst davon ausgeht, dass mit einem solchen Pauschalverbot die Abhängigkeit der EU von Getreide-Importen steigen könnte. Das ist in der ohnehin schon angespannten Versorgungslage unverantwortlich.

Kontroversen zu Stilllegungen von Ackerflächen: Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir hat wertvolle Zeit verloren

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führt zu Nahrungsmittelknappheit und Preissteigerungen in der Welt. Vor diesem Hintergrund drang die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Aussetzung der Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen, die ab 2023 in der EU gelten soll.

In einer aktuellen Stunde forderten Unionsabgeordnete den Bundeslandwirtschaftsminister auf, endlich zu handeln. Der Krieg in der Ukraine wirke wie ein Brandbeschleuniger für den Hunger in der Welt.

Die pauschale Stilllegung einer Ackerfläche von vier Prozent beißt sich mit dieser Realität. Die Union appellierte an den Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, sich in Brüssel für eine Neubewertung der Lage einzusetzen. Dieser hat sich nun dazu durchgerungen, die Stilllegung von Ackerflächen aussetzen zu wollen.

Mit dem parteitaktisch motivierten Zaudern hat Minister Özdemir jedoch wertvolle Zeit im Kampf gegen die globale Ernährungskrise verspielt. Jetzt muss er im Eiltempo für eine rechtssichere Umsetzung sorgen. Denn unsere Landwirte brauchen rasch Klarheit, was kommendes Jahr konkret gilt. Die



Regeländerungen bei der gemeinsamen Agrarpolitik sind nur der erste Schritt.
Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine braucht der Green Deal
dringend in weiten Teilen ein Krisenupdate.

* * *